

**Christian Albrecht**

Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Landeshaus, 24171 Kiel

Postfach 7121

Telefon: 0431/9881488

Telefax: 0431/9881497

E-Mail: [fraktion@fdp-sh.de](mailto:fraktion@fdp-sh.de)

Internet: <http://www.fdp-sh.de>

**Nr. 255/2000**

**Kiel, Donnerstag, 2. November 2000**

Bildungspolitik/Konzept Internat Schloss Plön

## **Ekkehard Klug: Landesregierung täte gut daran, die Vorschläge vorurteilsfrei und intensiv zu prüfen**

**- Ziel muss der Erhalt des Plöner Internats sein -**

Zum heute von der Vereinigung der Butenplöner vorgestellten Konzept zur Weiterführung des Internats Schloss Plön sagte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Initiative der Butenplöner zum Erhalt des Internats hat eine vorurteilsfreie Prüfung verdient. Ich bezweifle allerdings, dass dies bei dieser Regierung möglich ist. Schon die erste Reaktion vom Staatssekretär des Bildungsministeriums zeigt, dass vom Land Schleswig-Holstein in dieser Frage nicht viel zu erwarten ist“, erklärte Klug.

Staatssekretär Stegner wird heute von der Deutschen Presse Agentur (dpa) wie folgt zitiert: „Mein erster Eindruck ist nicht so, dass sie den Stein der Weisen gefunden haben.“ Wenn dem so wäre, dann ginge es den Butenplönern nicht besser als dem Ministerium selbst“, meinte Klug. „Allerdings hat die Initiative konzeptionell wesentlich mehr zu bieten als rot-grün“, stellte der liberale Bildungspolitiker fest. Er sicherte den Butenplönern die weitere Unterstützung der Liberalen für ihre Pläne zu.

Klug kritisierte in diesem Zusammenhang erneut den Umgang der Landesregierung mit der Initiative, die für den Erhalt des Internats kämpft. „Hier haben wir ein hervorragendes Beispiel für ein Engagement aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Die Ministerpräsidentin redet seit Jahren einer Bürgergesellschaft das Wort und fordert mehr Engagement der Bürgerinnen und Bürger für gemeinsame Ziele.“

Offensichtlich gelten diese Erklärungen nur für ein Engagement, das der rot-grünen Landesregierung politisch in den Kram passt. Andernfalls wird man in Schleswig-Holstein regierungsamtlich abgekanzelt“, sagte Klug abschließend.



Presseinformation